



Ronald Schminke
Mitglied des Niedersächsischen Landtages

Wahlkreisbüro
Nikolaistraße 30
37073 Göttingen
Tel.: 05 51 / 503 11 14
Fax: 05 51 / 503 11 22
Email: info@ronald-schminke
www.ronald-schminke.de

Göttingen, 08.10.2008

Schminke: Unanständige Leiharbeit endlich verhindern!

Die SPD-Landtagsfraktion hat heute im Landtag beantragt, die Rechte von Leiharbeitnehmern zu stärken. „Wir wollen klare Regeln, wir wollen Fairness und gleiches Geld für gleiche Arbeit am gleichen Ort“, sagte der SPD-Landtagsabgeordnete Ronald Schminke in der Plenarsitzung. „Leider hat unanständige Leiharbeit in Deutschland dramatisch zugenommen.“

Laut Schminke ist Leiharbeit nicht grundsätzlich abzulehnen: „Leiharbeit ermöglicht es den Betrieben, in bestimmten Situationen flexibel reagieren zu können. Sie darf aber nicht missbraucht werden, um reguläre Beschäftigungsverhältnisse zurückzudrängen und Löhne zu drücken. Wir müssen einschreiten, weil es jetzt höchste Zeit ist, die Reißleine zu ziehen, denn immer öfter werden gut bezahlte Arbeitsplätze in schlecht bezahlte Arbeitsplätze umgewandelt. Weniger Schutz, weniger Lohn, weniger Urlaub, kein Weihnachtsgeld, keine Fort- und Weiterbildung, schlechtere Arbeitsbedingungen und am Ende des Arbeitslebens auch noch weniger Rente, das ist die Realität, mit der Leiharbeitnehmer zu kämpfen haben. Die Landesregierung sollte unserer Aufforderung nachkommen und mit einer Bundesratsinitiative auf gleiche Arbeitsbedingungen für Leiharbeitnehmer hinwirken.“

In einem Entschließungsantrag fordert die SPD-Fraktion die Landesregierung auf, auf dem Weg einer Bundesratsinitiative den Beschäftigten der Leiharbeitsbranche den Rücken zu stärken. Insbesondere sollen grundsätzlich vom ersten Tag an im Entleihbetrieb für Leiharbeitnehmer dieselben Arbeitsbedingungen gelten und dasselbe Entgelt gezahlt werden.

Schminke wies darauf hin, dass nach einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung Leiharbeit längst nicht mehr nur zur Abfederung von Auftragsspitzen dient. „Es gibt sogar Unternehmen, die nur noch 40 Prozent eigene Belegschaft einsetzen und 60 Prozent Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter. Es darf aber nicht Sinn der Leiharbeit sein, reguläre Beschäftigungsverhältnisse zurückzudrängen.“

Die Leiharbeitsbranche in Deutschland boomt: Im vergangenen Jahr arbeiteten mit 731.000 doppelt so viele Menschen in Leiharbeitsverhältnissen wie noch 2003. Für das kommende Jahr prognostiziert die IG Metall das Durchbrechen der Millionengrenze. „Wir fordern daher die Landesregierung auf, sich für die Rechte von Leiharbeitern auf Bundesebene einzusetzen“, so Schminke. „Arbeitsbedingungen dieser Beschäftigungsform müssen gerechter gestaltet werden. Leiharbeit darf nicht dazu führen, dass Stammbeschaftungen abgebaut und künftig Beschäftigungsformen in zwei Klassen unterteilt werden.“

gez.
Ronald Schminke, MdL

Medieninformation